

Johanna Bächle
Bürgermeisterkandidatin für Maulbronn

Lohwiesenstr. 13
75417 Mühlacker
0157 36241533
hallo@johanna.baechle.de

PRESSEMITTEILUNG

Plädoyer für einen neuen Deponie-Dialog mit dem Enzkreis.
Bundes- und Landtagsabgeordnete antworten auf Fragen der Maulbronner Bürgermeisterkandidatin
Johanna Bächle

Maulbronn. Die Frage stellt Bürgermeister-Kandidatin Johanna Bächle eher rhetorisch: „Wo steht geschrieben, dass allein Maulbronn auch weiterhin die Lasten der Abfallentsorgung für den gesamten Landkreis zu tragen hat?“ Das Landratsamt habe beim Regierungspräsidium in diesem Jahr den Antrag gestellt, die Erweiterung der Deponie Hamberg um den sechsten Abschnitt in einem Planfeststellungsverfahren zu genehmigen. In dem Verfahren werde auch die Stadt angehört, aber im Gegensatz bei der in einer Bürgerabstimmung deutlich abgelehnten Erddeponie im Steinbruch Lauster „hat die Stadt als Eigentümerin der Fläche am Hamberg eine starke Position. Ohne sie geht nichts“.

Johanna Bächle will im Falle ihrer Wahl zur Bürgermeisterin dem Gemeinderat vorschlagen, als Stadt Maulbronn in einen „neuen Deponie-Dialog“ mit dem Enzkreis einzutreten. „Da muss alles auf den Tisch“, so die parteilose Amtsleiterin. Sie habe sich frühzeitig dafür ausgesprochen, das Ergebnis der Bürgerabstimmung zu den Deponie-Plänen im Steinbruch Lauster strikt zu achten. Da dieses Resultat aber nur die Stadt Maulbronn rechtlich binde und nicht Landkreis und Regierungspräsidium – letzteres als Genehmigungsbehörde – müssten die Dinge bei diesem Dialog neu gewichtet werden. Die Solidarität der Stadt mit dem Enzkreis bei der Lösung von gemeinsamen kommunalen Aufgaben ist notwendig. Jedoch nach dem klaren Ergebnis des Bürgerentscheids müsse es für eine Maulbronner Bürgermeisterin vor allem um den Bürgerwillen in Maulbronn, Schmie und Zaisersweiher gehen, den neuen Deponiestandort auf dem Lauster-Gelände zu verhindern.

Natürlich wisse sie als in kommunalen Leitungspositionen erfahrene Bewerberin um das Bürgermeisteramt, dass die Pacht auch für einen sechsten zusätzlichen Abschnitt dem städtischen Haushalt guttue. Gleichzeitig sei der Landkreis nicht der langjährigen Forderung aus Maulbronn nachgekommen, den Anschluss der Deponiezufahrt an die Kreisstraße verkehrssicherer zu machen.

Doch zentral bleibe die Entscheidung der Maulbronner gegen die Verfüllung des Lauster-Steinbruchs mit Erde. „Das ist Orientierungspunkt.“ Dabei sei ihr als Bürgermeisterin wichtig, in der praktischen Politik auch ihre Verbindungen zu den Abgeordneten des Enzkreises in Stuttgart und Berlin zu

pflegen. Nachdem der Bundestagsabgeordnete Gunther Krichbaum (CDU) vor geraumer Zeit auf Einladung der BI vor Ort gewesen sei, habe sie ihn gebeten, beim Regierungspräsidium in Karlsruhe den Sachstand zu erfragen.

Laut Mitteilung des RP an Krichbaum, seien die Pläne der Fischer Weilheim GmbH & Co KG, eine Deponie im Steinbruch Lauster in Maulbronn zu errichten, bisher nicht in einem entsprechenden Antrag konkretisiert worden. Dem Regierungspräsidium Karlsruhe als zuständiger Behörde für das insoweit erforderliche Planfeststellungsverfahren liege bisher kein entsprechender Antrag vor.

Der Schriftführer der Bürgerinitiative habe eine Petition dieses Vorhaben betreffend eingereicht. Das RP verweist auf den am 12. Dezember 2022 abgehaltenen Vororttermin des Petitionsausschusses in Maulbronn. Dabei hätten sich dessen Vorsitzender, der Landtagsabgeordnete Felix Herkens (Grüne) und andere Mitglieder des Petitionsausschusses die Situation vor Ort erläutern lassen und die Argumente der Bürgerinitiative und des Vorhabenträgers gehört. „Bei diesem Termin waren außerdem zwei Vertreter des baden-württembergischen Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft sowie zwei Vertreter des Regierungspräsidiums Karlsruhe und der Bürgermeister von Maulbronn anwesend. Die Entscheidung des Petitionsausschusses steht noch aus.“

Falls die Firma Fischer Weilheim einen Antrag auf Erlass eines Planfeststellungsbeschlusses zur Errichtung einer Deponie im Steinbruch Lauster stelle, werde das Regierungspräsidium Karlsruhe die Träger öffentlicher Belange, auch die Gemeinde Maulbronn anhören. In diesem Zusammenhang würden, soweit rechtlich relevant, auch die Sachargumente der Bürgerschaft behandelt werden. Das Einverständnis der Bürgerschaft mit der Errichtung der Deponie sei allerdings keine Voraussetzung, die für den Erlass eines Planfeststellungsbeschlusses erfüllt sein müsse.

Jedenfalls werde das Regierungspräsidium Karlsruhe in der Angelegenheit keine Entscheidung über einen etwaigen Antrag treffen, bevor nicht die Entscheidung des Petitionsausschusses vorliegt. Die Landtagsabgeordnete Stephanie Seemann (Grüne) bot der Bürgermeisterkandidatin an, sie auf dem Laufenden zu halten, was diese gerne annahm. Der Petitionsausschuss, so Seemann, wolle nach jetzigem Stand in der zweiten März-Woche 2023 über die Eingabe der Maulbronner Gegner der Steinbruch-Verfüllung entscheiden.

„Nach Abschluss des Petitionsverfahrenes wird je nach Ausgang die Lage neu zu bewerten sein. Man muss schauen, was man dann tun muss“, kündigte Bächle an.